

Macrons unmögliche Mission

Frankreich Der 36-jährige Wirtschaftsminister Emmanuel Macron ist der letzte Joker des Präsidenten François Hollande. Der frühere Investmentbanker soll endlich Reformen umsetzen – doch die Parteilinke kündigt bereits Widerstand gegen seine Pläne an.

Vor Kurzem hat er sich die Frage selbst gestellt, laut und vor Publikum, morgens um halb neun. Am Donnerstag vergangener Woche steht Emmanuel Macron, petrolfarbener Einreihler, nachtblaue Krawatte, auf einem Podium im Pariser Grand Palais. Mit klarer Stimme fragt er ins Mikrofon: „Warum bin ich eigentlich Sozialist?“

Für einen ehemaligen Investmentbanker, der jetzt französischer Wirtschaftsminister ist, angetreten, um sein Land zu reformieren, ist das eine gute Frage.

Vor Macron sitzen an diesem Morgen vielleicht 70 Unternehmer, ein Wirtschaftsmagazin hat zu einer Tagung eingeladen. Die meisten von ihnen sind so elegant gekleidet wie er, sie lächeln amüsiert.

Statt seine Frage zu beantworten, holt der Minister für Wirtschaft, Industrie und Informationstechnologie dann weit aus. Er spricht vom Gemeinwohl, das wieder an die Stelle von Partikularinteressen rücken müsse, und belegt seine Ausführungen mit einem Zitat des Reformsozialisten Jean Jaurès aus dem Jahr 1887.

Es ist diese französische Art, den ganz großen Bogen zu schlagen; sie liegt Macron.

Frankreich werde sich ändern müssen, sagt er an diesem Morgen auf dem Podium im Grand Palais, nicht zum ersten Mal. Dem Land gehe es schlecht. „Wer sagt, es könne noch zehn Jahre so weitergehen, der lügt.“ Macron schmettert seine Sätze nicht heraus, er spricht ruhig, fast leise.

Seit dreieinhalb Monaten ist Emmanuel Macron nun Wirtschaftsminister, mit seinen 36 Jahren ist er das jüngste Mitglied der Regierung. Seit er angetreten ist, sein Land zu erneuern, wird er wahlweise „Überflieger“, „Hoffnungsträger“ oder „Karrierist“ genannt; das Magazin *Marianne* bezeichnete ihn als „Wolf im Schafspelz“. Es gibt einige im Umkreis von Präsident François Hollande, die sagen, Macron sei dessen „letzter Joker“.

Schon Ende März hatte Hollande einen politischen Kurswechsel eingeläutet, als er den rechten Sozialdemokraten Manuel Valls zum Premierminister machte. Macrons Berufung war ein weiterer symbolischer Bruch mit den weitgehend verlorenen ersten beiden Amtsjahren.

Der bisherige Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg hatte den Colbertismus



Wirtschaftsminister Macron: „Statt zu reden, müssen wir jetzt endlich handeln“

verkörpert, die Idee einer staatlich gelenkten Wirtschaft. Sie gilt in Frankreich vielen immer noch als das einzig gültige Modell.

Macron will dagegen die wirtschaftlichen Reformen vollziehen, die bisher kaum oder nur in winzigen Schritten erfolgten. Ob ihm dies gelingt, ob Hollande und seine Partei ihn lassen, davon hängt vieles ab. Es geht darum, ob Frankreich

die Kraft findet, sich aus seiner Misere zu befreien.

Ein wichtiger Termin steht diese Woche an. Macron will im Kabinett seinen ersten großen Gesetzesentwurf vorstellen, die sogenannte Loi Macron mit 107 Maßnahmen. Die Parteienlinken kündigen bereits ihren Widerstand an.

Das Gesetz enthalte 107 „Splitterbomben“, sagte etwa der sozialistische Abge-

ordnete Jean-Jacques Urvoas, die frühere Umweltministerin Delphine Batho schloss „einen parlamentarischen Unfall“ nicht aus. Macron ist vielen Sozialisten suspekt, weil er vier Jahre lang als Investmentbanker bei Rothschild gearbeitet hat. Sie sehen ihn als Handlanger der Hochfinanz, als Karrieristen. „Wahrscheinlich weiß er nicht einmal, wo sich unsere Parteizentrale befindet“, ätzte ein Genosse, als Präsident Hollande Ende August die Personalie verkündete.

Auch deshalb sieht es im Moment so aus, als ob der Regierung bei der für Januar vorgesehenen Abstimmung über die Loi Macron die nötigen Stimmen fehlen könnten. Das wäre dann der endgültige Beleg dafür, dass in der Ära Hollande keine Veränderungen möglich sind.

Macron möchte mit seinem Gesetz den überreglementierten, starren Arbeitsmarkt öffnen, zum Beispiel indem er den Monopolstatus der zahlreichen geschützten Berufe aufbricht. Betroffen sind Notare, Apotheker, Taxi- oder Busunternehmen. Geschäfte sollen nicht nur an fünf Sonntagen im Jahr öffnen dürfen, sondern an zwölf. In den kommenden drei Jahren sollen französische Unternehmen von insgesamt 40 Milliarden Euro Steuer- und Abgabenerleichterungen profitieren, das soll ihnen helfen, wieder wettbewerbsfähiger zu werden. Eine Senkung der hohen Lohnnebenkosten, die auch Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit tragen, ist zumindest im Niedriglohnssektor in Aussicht.

All diese Maßnahmen sind Teil des sogenannten Verantwortungspakts, den Präsident Hollande zu Jahresbeginn verkündete, er sollte als Wende hin zu einer wirtschaftsfreundlicheren Politik gedeutet werden. Das Reformpaket soll die Sparpläne der Regierung begleiten. 50 Milliarden Euro will Premier Valls bis 2017 einsparen. Doch weil in Frankreich vor allem Interessengruppen das Sagen haben, verlaufen die Verhandlungen über den Pakt in vielen Bereichen schleppend.

An einem Freitagvormittag im November sitzt Emmanuel Macron auf dem Ledersofa in seinem Büro, vor ihm ein Obstkorb vom Großmarkt Rungis, hinter ihm ein Strauß roter Tulpen. Sein Arbeitsplatz liegt in einem Moloch aus Glas und Beton direkt an der Seine, die Ministerien von Bercy bilden einen eigenen Stadtteil – sie verkörpern bildhaft den französischen Glauben an die Rolle des Staates in der Wirtschaft.

Macron sitzt entspannt auf seinem Sofa, er ist auf adrette Weise gut aussehend: tadellos geschneitelt, mit glattem Knabengesicht. Er verfügt über einen perfekten Lebenslauf, der ihn unsympathisch erscheinen lassen könnte, wäre er nicht so wohlherzogen zugewandt. Es ist auch dieser



Präsident Hollande im Elysée-Palast: Ein Schritt vor und einen zurück



Ehepaar Trogneux/Macron: Ein unkonventionelles Paar

Werdegang, der ihn zur Projektionsfläche macht. Sowohl für Neid und Missgunst – als auch für übersteigerte Hoffnungen.

„Wenn Politiker sein bedeutet, um jeden Preis wiedergewählt werden zu wollen, dann bin ich keiner“, sagt er. Die Tatsache, dass er nie in ein politisches Amt gewählt worden sei, gebe ihm den nötigen Freiraum, seine Überzeugungen durchzusetzen.

Auf seinem Schreibtisch steht ein Modell der „Ariane 5“, daneben stapeln sich Dossiers in farbigen Heftern. Falls irgendwo ein Foto seiner Familie steht, ist es gut versteckt.

Seit 2007 ist Macron mit seiner früheren Französischlehrerin Brigitte Trogneux verheiratet, sie ist 20 Jahre älter als er. Kennengelernt haben sie sich, er war gerade 17, auf der katholischen Privatschule, die der Arztsohn in Amiens besuchte. Das Klatschmagazin *Closer*, in politischer Hinsicht sonst abonniert auf Hollande und dessen Liebchaft mit der Schauspielerin Julie Gayet, widmete dem Paar Macron/Trogneux vor Kurzem eine Bildstrecke. Sie zeigte die beiden beim Wochenendbummel in Montmartre: er mit Jeans und weißem Hemd, sie mit wasserstoffblonden Haaren und dunkler Sonnenbrille. Die beiden sind nicht nur für die französische Politik ein unkonventionelles Paar.

Macron spricht an diesem Morgen offen davon, dass französische Regierungen – er spart die eigene nicht aus – es jahrelang

versäumt hätten, dringende Reformen umzusetzen, und ihre Verantwortung stattdessen lieber auf andere abwälzten. Und er wehrt sich gegen all jene, die, wie er sagt, einem „fehlgeleiteten Marxismus“ anhängen. Ein Seitenhieb gegen einen Großteil seiner eigenen Partei.

Auch er spürt den Widerstand, der ihm entgegenschlägt. Immer häufiger benutzt er, der dauernd klare Worte fordert, selten verdrehte Wendungen. Über die 35-Stunden-Woche, die für viele Sozialisten sakrosankt ist, sagt er: „Ich verteidige sie, aber ich stelle sie nicht auf einen Sockel.“ Er plädiert für „mehr Flexibilität“. Was so klingt, als wolle er sie abschaffen, habe dazu aber nicht die Mittel – was ja auch der Wirklichkeit entspricht.

Stört es ihn, seinen ersten Ministerposten unter dem angeschlagenen Präsidenten Hollande anzutreten?

„Man sucht sich den Moment, in dem man Verantwortung übernimmt, nicht aus“, sagt er kühl.

Es sind auch solche Sätze, die ihn als den Eliteschulabsolventen zeigen, der er ja ist: geradezu dressiert in rhetorischer Unnahbarkeit. Fähig, auf jede Frage eine Replik zu finden, ohne dabei länger als drei Sekunden nachzudenken.

Dass Macron die Kadenschmieden der französischen Elite, Sciences Po und Ena, absolvierte, macht ihn für die politische Welt Frankreichs nicht zur Ausnahme. Nebenher studierte er auch noch Philosophie, seine Abschlussarbeit schrieb er ausgerechnet über Machiavelli. Zwei Jahre lang arbeitete er als Assistent des bekannten Philosophen Paul Ricoeur. Gemeinsam verfassten sie Abhandlungen über „Die Historiker und die Gedächtnisarbeit“ für das Intellektuellen-Periodikum *Esprit*, wo Macron immer noch als Autor aufgeführt

wird. Seinen letzten Beitrag schrieb er 2011, damals bereits als Investmentbanker und später damit beschäftigt, Kunden wie Nestlé zu beraten.

Hollande und Macron lernten einander vor einigen Jahren während eines Abendessens bei Jacques Attali kennen, einem früheren Berater von François Mitterrand, der viel von Macron hält. Wahrscheinlich hat er François Hollande auch deshalb so gut gefallen, weil er ein vollendeter Technokrat ist – genau wie der Präsident selbst.

Bevor Macron Minister wurde, war er Hollandes wirtschaftspolitischer Berater – zunächst im Wahlkampf, später im Elysée. Dort wurden seine Ansichten gehört und geschätzt, nur konnte er sich damit selten durchsetzen. Über Hollandes Reichensteuer von 75 Prozent auf Einkommen über einer Million Euro sagte Macron, sie mache Frankreich zu einem „Kuba ohne Sonne“. Die Steuer wurde dennoch beschlossen.

Im Elysée wurde er „Mozart“ genannt, weil er ausgezeichnet Klavier spielt. So gut, dass er auch Pianist hätte werden können. Er wollte aber in die Politik, immer schon, sagen diejenigen, die ihn lange kennen. Dabei halfen Macron stets bekannte Förderer, meist ältere Männer, und längst nicht nur solche aus dem linken Lager.

Alain Minc zum Beispiel, früher engler Berater des damaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy, kennt Macron seit mehr als zehn Jahren, er nennt ihn „mein Küken“ und sagt, er sei ein „außergewöhnlich befähigter Minister“. Trotzdem bezweifelt Minc, dass seine Arbeit viel bewirken wird.

„In den noch verbleibenden zweieinhalb Jahren von Hollandes Präsidentschaft lassen sich keine großen Reformen mehr durchsetzen, dafür ist die Zeit zu knapp“, sagt er. Die sozialistische Mehrheit im Parlament würde diese auch nicht mittragen. Mit ihren Erneuerungsvorstellungen stünden Macron und Valls ziemlich alleine da, so Minc. Wenn Macron seinen Reformentwurf im Januar dem Parlament zur Wahl stelle, dann werde der Abwehrkampf beginnen. In Mincs Augen ist Macron „ein großes Talent“, verdammt dazu, auf günstigere Zeiten zu warten.

In der Zwischenzeit ist Macron der Minister mit der vielleicht schwierigsten Aufgabe. Die französische Wirtschaft wächst seit Jahren nicht mehr, dafür steigt die Zahl der Arbeitslosen, sie liegt bei knapp elf Prozent. Schuld daran trägt auch Hollandes Zickzackkurs. Mal geht er einen Schritt vor, dann wieder einen zurück, so irrlichtert der unpopulärste Staatschef, den Frankreich seit Langem hatte, durch sein fünfjähriges Mandat. Was will er wirklich? Die Frage lässt sich trotz der Berufung von Valls und Macron noch immer nicht beantworten.

Einig sind sich der Wirtschaftsminister, der Premier und der Präsident in einem

**Noch
5 Wochen!**

Ab 10. Januar erscheint
der SPIEGEL immer **samstags.**

Punkt: Sie sind gegen drastische Sparmaßnahmen, die Frankreich noch tiefer in die Rezession stürzen könnten. Erst im Jahr 2017 will die Regierung die in den EU-Verträgen festgesetzte Defizitgrenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung wieder einhalten. Die Kommission in Brüssel mahnt; in Berlin versucht man verzweifelt, den schwächelnden Nachbarn zu Veränderungen zu bewegen.

Aber als vor zehn Tagen der von Macron und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel beauftragte deutsch-französische Bericht über „Reformen, Investitionen und Wachstum“ vorgestellt wurde, wiesen die beiden Minister dessen Kernforderungen sofort zurück. Womit der Bericht nicht viel mehr darstellt als eine belanglose Geste.

Während einer Debatte in Brüssel wurde Macron über die Notwendigkeit von Veränderungen befragt, „Europas letzte Chance“ lautete der Name der Veranstaltung. Er zeigte kurz ein verschmitztes Bubenlächeln, dann antwortete er: „Wäre ich ein guter Franzose, würde ich jetzt sagen, dass wir grundsätzlich keine Reformen umsetzen, die Brüssel von uns verlangt.“ Als guter Europäer aber halte er das für unverantwortlich.

Er verstehe, sagt Macron in seinem Büro und runzelt die glatte Stirn, dass sein Land wegen all der leeren Versprechungen nun ein Glaubwürdigkeitsproblem habe: „Statt zu reden, müssen wir jetzt endlich handeln.“

Das Problem ist, dass die französische Regierung nicht nur im Ausland an Glaubwürdigkeit verloren hat. Viele Franzosen haben ihren Glauben an den Staat und an die Politik verloren. Die Vertrauenskrise verstört das Land fast noch mehr als die kriselnde Wirtschaft – und sie ist einer der Gründe für den Erfolg der Rechtspopulistin Marine Le Pen und ihres Front national, die Hollande laut Umfragen in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl schlagen würde. Der alte Politikertypus ist in Verruf geraten.

Auch deshalb schlägt Emmanuel Macron von vielen Seiten solches Misstrauen entgegen. Zwar ist er mit einer Zustimmungsrate von 35 Prozent einer der populärsten Minister im Kabinett, aber er ist auch einer der ungewöhnlichsten: sehr jung und mehr Sozialdemokrat als Sozialist. Doch zugleich verkörpert er eine ganz alte Figur der französischen Politik – den Eliteschulabsolventen. Es gibt viele dieser Technokraten auf den Fluren französischer

Ministerien und im Elysée. Sie sind Teil des Problems der zunehmenden Entfremdung zwischen den Franzosen und ihrer politischen Klasse. Einer seiner wenigen Fehlritte unterlief Emmanuel Macron, als er in einem Radiointerview über Arbeiterinnen einer von Schließung bedrohten Fabrik sprach. Er redete davon, dass diese Frauen „weder schreiben noch lesen“ könnten, dabei waren sie gar keine Analphabetinnen.

Dieser Ausrutscher festigte das Bild von ihm als jemandem, der keinerlei Berührungspunkte mit der sozialistischen Wählerbasis hat. „Elite-Herzchen“ nannte ihn eine Zeitschrift, was durchaus böse gemeint war. In Frankreich aber, einem Land, das die Auslese seiner Besten seit Napoleon pflegt, ist das eine scheinheilige Beleidigung. Macron ist nur einer von vielen Funktionären, die an den Schaltstellen des Staates und der Wirtschaft sitzen und nach Belieben von einer wichtigen Position in die andere wechseln.

Wenn er seine Überzeugungen als Wirtschaftsminister nicht durchsetzen könne, gebe er seinen Posten wieder auf, sagte Macron zu Beginn seiner Amtszeit.

Um seine Zukunft muss er sich wohl keine Sorgen machen. Julia Amalia Heyer